

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: 40 Pfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Pfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Pfennige, die Reklamezeile 25 Pfennige. |
halten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. | Bezahler innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 141

Altensteig, Freitag den 19. Juni.

Jahrgang 1925

Amundsen zurückgekehrt.

Amundsen in Spitzbergen eingetroffen.

NEW-YORK, 18. Juni. (Durch Funkdruck.) Wie hier berichtet wird, ist in Spitzbergen eine Nachricht von Amundsen eingetroffen, in der er erklärt, daß er wohlbehalten sei.

NEW-YORK, 18. Juni. (Durch Funkdruck.) Reuter kauft nach London eine Meldung der „Associated Press“, der zufolge Amundsen in Spitzbergen eingetroffen ist.

Die Amundsenexpedition in Spitzbergen.

NEW-YORK, 18. Juni. Prentice, der Schwager des Teilnehmers an der Amundsenexpedition Ellsworth, erhielt eine Nachricht, wonach sämtliche Mitglieder der Expedition unverfehrt in Spitzbergen angekommen sind.

Den Nordpol nicht erreicht.

Kopenhagen, 18. Juni. (Telunion.) Nach hier vorliegenden Meldungen soll Amundsen nach seinem Eintreffen in Spitzbergen in einem Telegramm erklärt haben, daß er zwar wohlbehalten mit seinen sechs Begleitern mit den beiden Flugzeugen zurückgekehrt sei, den Nordpol aber nicht erreicht habe.

NEW-YORK, 18. Juni. (Telunion.) Nach einem Funkbericht sind Amundsens Flugzeuge durch Nebel zu weit vorwärts geschoben und mußten nach einer Kursänderung südwärts eine Notlandung vornehmen. Die beiden Flugzeuge waren darauf zwischen Eismassen eingeschlossen. Amundsen ist vermutlich wegen dieser Schwierigkeiten zum Rückflug gezwungen worden.

EL-KOPENHAGEN, 19. Juni. (Tel-Union.) Nach letzten Meldungen hat Amundsen am 88. Grad infolge Maschinendefekt notlanden müssen. Er hat dann mit Schlitzen die Eisbarriere erreicht, wo man ihm zu Hilfe gekommen ist.

Die Schau der Deutschen Landwirtschaft

Nähe bei Stuttgart, an den Ufern des Neckars und in einem prächtigen Panorama von Rebhügeln und bewaldeten Höhen, wurde in monatelanger Arbeit die Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft aufgeführt. Sie steht nun fertig da und wurde am Donnerstag in feierlicher Weise eröffnet. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ist eine Gründung Max Eytzhs, dessen Denkmal den Eingang der Ausstellung ziert. Vor 40 Jahren wurde die Gesellschaft ins Leben gerufen und hat nach dem Willen ihres Gründers, eines der großen Schwaben, die in der Geschichte eine Rolle spielen, die Aufgabe übernommen, der deutschen Landwirtschaft Wege und Ziele zur fortschreitenden Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden und zur Steigerung der Produktion zu weisen. Welch gewaltiges Werk daraus entstanden ist im Laufe von 40 Jahren, das zeigt die Stuttgarter Wanderausstellung, die eine der größten und schönsten ist, die je veranstaltet wurden.

Eines vor allem macht diese deutsche Schau der Landwirtschaft jedem Besucher eindeutig klar: Die Verknüpfung der Landwirtschaft mit der Industrie. Man kann nachgerade von einer völligen Industrialisierung der deutschen Landwirtschaft sprechen. Und daneben die Erfolge der Wissenschaft und Technik auf tausenderlei Gebieten des landwirtschaftlichen Berufsstandes und seiner Arbeit! „Wissen und Können“ — der alte Wahlspruch der D.L.G. hat bedienten Ausdruck gefunden. Die Ausstellung soll nach dem Willen ihres Gründers Eytzh nicht ein Fest der Erholung, sondern ein Fest der Arbeit sein. Das ist sie denn auch geworden. Kahllos vorwärts drängende Arbeit auf allen Gebieten der Landwirtschaft, und das gerade in einer Zeit, da uns feindlicher Uebermut ein Stück deutschen Landes um das andere rauben will.

Schwere und harte Zeiten hat auch die deutsche Landwirtschaft zu bestehen und in vielen Reden ist in den letzten Tagen bereits mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß es höchste Zeit ist, der Landwirtschaft eine Hilfe teil werden zu lassen. Wirtschaftspragmen von enormer Bedeutung stehen mit der Forderung auf der Tagesordnung, nicht weniger drücken die Steuerlasten und die Kredit- und Geldsorgen. Es ist mehrfach auf der D.L.G.-Ausstellung nach

gewiesen, daß die deutschen Landwirte heute eine fünf- bis sechsfache Steuerlast gegen der Vorkriegszeit zu tragen haben, während die Einnahmen sich höchstens um 25 Prozent gesteigert haben. Es ist statistisch dargestellt, daß die Geld- und Kreditnot bereits zu umfangreicher Verschuldung der Bauern geführt hat, und es ist leicht erkennbar, daß noch schwerere Tage bevorstehen.

Und doch ist eines erfreulich: Die deutsche Landwirtschaft will keine Sonderbehandlung, sondern will gleiche Lebensrechte, wie die anderen Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Und so ist auch in der ganzen Veranstaltung kein Mißklang aufgetreten, keinerlei Agrarhetze, sondern der heilige Wille im Dienste des deutschen Volkes, Arbeit für das Ganze zu verrichten.

Das hohe Ziel, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren, das in den letzten Jahren wiederholt angegriffen wurde, findet in der D.L.G. bereiten Ausdruck. Das Streben der deutschen Landwirtschaft, das eigene Brot dem deutschen Volk zu schaffen, verdient die vollste Unterstützung aller Verantwortlichen. Die Führer der deutschen Landwirtschaft erklären angesichts der weit vorangeschrittenen Technik und Wissenschaft, daß es möglich ist, das deutsche Volk bei richtiger Förderung der Landwirtschaft und richtiger Beschäftigung aus eigener Scholle zu ernähren. Ein zohes Ziel, wenn man die große Masse der deutschen Industrieproduktion in Betracht zieht! Aber ein Ziel, das des Schweißes der Edeln wert ist und das rücksichtslose Förderung verdient. Denn unsere gesamte Wirtschaftslage deutet mit Eindringlichkeit darauf, daß wir uns nur durch eigene Arbeit herauschaffen können, durch Produktion, nicht durch Einfuhr. So möge denn die Schau der deutschen Landwirtschaft dazu beitragen, daß der landwirtschaftliche Betrieb weiter gefördert wird und alle Teile des Volkes vom Segen nehmen, den ein so gewaltiger Berufsstand, wie die deutsche Landwirtschaft, aus der heimischen Erde zieht!

Die Eröffnung der Wanderausstellung

Ein Meer von Fahnen weht über der neuerstellten Stadt am rechten Ufer des Neckars auf dem Cannstatter Wasen und am Eröffnungstage selbst drängt seit den frühen Morgenstunden die Menschenmenge zum Einlaß zum Masten, Türme, Hochbauten aller Art, mit Flagen in allen Farben der deutschen Länder geben einen überwältigenden Eindruck und wie eine Lichtfigur erhebt sich auf der Ausstellungshalle der deutschen Superphosphatindustrie die Kolossalfigur des „lächenden Bauern“ aus Gips, deren Erstellung allein 30 000 M. gekostet haben soll. Dieses Sinnbild gibt dem Besucher den rechten Geist beim Eintritt in die Ausstellung. Man mag wohl einen halben Tag in der Ausstellung umherwandern, von Zeit zu Zeit, von Gebäude zu Halle, von den 10 000 Maschinen zu den 4000 Tieren gehen und am Ende wird man gefascht, daß man nicht die Hälfte gesehen hat.

Im großen Vorführungstring, in dem auch die großen Turniere, die Deutschen je gesehen hat, ausgetragen werden, fand am Donnerstag um die Mittagsstunde die Eröffnungsfesterei statt, zu der sich mehrere tausend Personen und zahlreiche Gäste aus allen Teilen des Reiches eingefunden hatten.

Der zweite Vorsitzende der D.L.G., Graf Kochberg, hielt die Begrüßungs- und Eröffnungsansprache. Er erinnerte an Max Eytzh, der schon vor vierzig Jahren erkannte, daß ohne eine Technisierung der Landwirtschaft nicht vorwärts zu kommen sei. Sein Reiferwort habe sich bis heute in den D.L.G.-Ausstellungen fortentwickelt. Er erinnerte an die Sorgen der Landwirtschaft, die in ihren Grundfesten bedroht sei und doch müsse sie, wie zu allen Zeiten, der Rückgrat jedes Volkes bleiben. Alles diene dem Zwecke der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion. Mit einem Hoch auf das geliebte deutsche Vaterland schloß der Redner. Stehend wurde das Deutschlandlied gesungen.

Der württ. Minister des Innern Holz drachte die Grüße und Wünsche des württembergischen Volkes, der Regierung Württembergs und des Reichsernährungsministers. Er wies auf die Verbundenheit von Bauern und Nichtbauern in Schwabenland hin, auf die gesunde Mischung zwischen Industrie und Landwirtschaft. Mit Stolz schau man auf die Leistungen der deutschen Landwirtschaft und der Bauern, die sich in die Tat umsetzen, daß jeder als tüchtiger Landwirt seinem Vaterland helfe. Holz schloß mit einem Hoch auf die D.L.G.

Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager überbrachte die Grüße der Bevölkerung der Stadt Stuttgart und wies

auf das einigende Moment der Ausstellung hin, das aus allen Teilen Deutschlands Menschen zusammenführte. Er schloß mit einem Hoch auf die deutschen Landwirte.

Präsident Adorno von der Württ. Landwirtschaftskammer übermittelte die Grüße der Kammer und zeichnete die Rollage der Landwirtschaft in bewegten Worten. Noch erkenne das deutsche Volk die Gefahr nicht, die ihm drohe. Er erinnerte an die Worte des württembergischen Staatspräsidenten in Friedrichshafen, der so klar und eindeutig die Lage der Landwirtschaft erkannt habe. Die städtische Bevölkerung müsse die Rollage der Landwirtschaft erkennen.

Der Vorstand der D.L.G., von Weiskopf sprach Dankesworte und schloß mit einem Hoch auf Stuttgart und das Schwabenland.

Hierauf folgten Vorführungen prächtiger Pferde und Geipanue, die größtem Interesse begegneten.

Rundgebung des Reichspräsidenten

Berlin, 18. Juni. Der Herr Reichspräsident hat aus Anlaß der heutigen Jahrtausendfeier der Rheinlande an die rheinische Bevölkerung nachstehende Rundgebung gerichtet:

„Den Brüdern und Schwestern am deutschen Rhein entbiete ich den Gruß des Reiches zur Jahrtausendfeier. Der Gedanke, die tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Reiche festlich zu begehen, ist im Kreise der rheinischen Bevölkerung entstanden. In allen diesen Erinnerungsjahren fühlt sich das gegenwärtige Geschlecht als verantwortlicher Träger der großen Ertrungenschaften der Vergangenheit. Die ganze lebendige Kraft in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistungen der Vorfahren während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrtausend gewährt hat. In all dieser Zeit hat das Rheinland als Grenzmark immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hindraufen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Hingabe an die Güter der Kultur und an eine gesunde Fröhlichkeit doch den besten vaterländischen Ernst und die politische Stärke in sich entwickelt hat, die auch die schweren Nöte der Gegenwart zu bestehen vermag. Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Preußen und seinem Zusammenhang mit dem ganzen deutschen Vaterland festgehalten. Das ganze deutsche Volk dankt den Rheinländern für die Ausdauer und Hingabe an die große Sache des Vaterlandes. Bleiben alle Deutsche diesen Tugenden getreu, dann wird, das ist mein unerschütterlicher Glaube, die heilige Stunde der Freiheit bald für die Rheinländer schlagen. Wir geloben alle, daß wir nicht rasten werden, bis dieses Ziel erreicht ist. Gott, der in der Vergangenheit bei schwersten Bedrückungen immer wieder geholfen hat, wird aus diesmal helfen.“

gez. von Hindenburg, Reichspräsident.

Der Reichsbankpräsident über die Inflation

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages beantwortete Reichsbankpräsident Dr. Schacht die an ihn durch den Abg. Dr. Quessel (Soz.) gerichtete Anfrage, ob die Reichsbank eine Aufwertung der in der Inflationszeit gewährten kurzfristigen Darlehen für möglich halte. Reichsbankpräsident Dr. Schacht verneinte dies. Was zunächst den Umfang der Finanzspruchnahme von Krediten durch die Privatwirtschaft betreffe, so habe es sich gezeigt, daß die von der Privatwirtschaft beanpruchten Kredite bis Mitte 1922 nicht erheblich waren, und daß sie selbst bei ihrem höchsten Stande nur geringfügig gewesen sind gegenüber den Krediten, die das Reich durch die Ausgabe kurzfristiger Schatzwechsel aufgenommen hat. Das veranschaulicht deutlich, wie sehr das Reich, das durch die außerordentliche Vermehrung seiner schwebenden Schuld die Hauptquelle der Inflation geschaffen hat, zugleich daraus den größten Nutzen gezogen hat und zwar in einem Maße, daß die von der Privatwirtschaft etwa auf Kosten der Allgemeinheit erzielten Gewinne demgegenüber als unbedeutend erscheinen. Diese Feststellung sei von größter Bedeutung, denn sie lasse klar erkennen, wie außerordentlich klein der Ausschnitt wäre, den eine etwaige Inflationssteuer von den Vermögensüberschreibungen innerhalb der Privatwirtschaft überhaupt zu erfassen vermöge. Nun seien namentlich im Jahre 1923 von der Reichsbank Kredite an Kommunen und andere öffentliche Stellen gewährt worden, insbesondere zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder zur Beschaffung von Rohstoffen zur Fortführung lebenswichtiger Betriebe, wie zum Beispiel von Kohlen für die Gew.-, Glas-

trigität: 1) d. W. f. r. u. u. In diesen Fällen war abzuheben das Res. f. d. m. häufig nur dadurch entstanden, daß die Bilanzierung zu rechtzeitigen Anschaffungen zwang, für welche die Deckung, soweit nicht öffentliche Mittel verfügbar waren, vorzugsweise im Kreditwege einnehmen werden mußte. Soweit bei Krediten dieser Art überhaupt Vorteile aus der Geldbewertung gezogen worden sind, dürften sie in der Hauptsache der Bevölkerung unmittelbar zugute gekommen sein. Ein wesentlicher Anteil an den im Jahre 1923 gewährten Krediten entfiel ferner auf diejenigen, die im Interesse der besetzten Gebiete aus Anlaß der durch den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet geschaffenen Lage zur Verfügung gestellt worden sind. Über auch im unbefetzten Gebiet seien in zahlreichen Fällen dringende allgemeine Interessen für die Kreditgewährung maßgebend gewesen.

Neues vom Tage

Die polnischen Rüstungen

Warschau, 18. Juni. Kriegsminister General Sikorski ergriff gelegentlich der Budgetdebatte im Senat das Wort, um die für das laufende Jahr vorgesehenen ordentlichen militärischen Ausgaben, die 27 Millionen Zloty betragen, zu rechtfertigen und über die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit Bericht zu erstatten. Der Minister betonte, daß die Bewaffnung Polens in jeder Hinsicht gewaltige Fortschritte gemacht habe. Die Feuerkräfte der Infanterie sei durch Neueinführung von Maschinengewehrabteilungen verstärkt worden. In der neu organisierten Kavallerie wurde bei jedem Regiment ein Panzergeschwader aufgestellt. In der Artillerie wurde die veraltete Ausrüstung durch eine neue ersetzt. Im Heeresflugwesen ist die bisherige Bestandszahl von 3 Luftregimentern auf 8 erhöht worden. Auch in der Entwicklung der nationalen Kriegsindustrie ist man dem endlichen Ziel der vollen Unabhängigkeit vom Auslande nähergekommen. Im Jahre 1924 sind nicht weniger als 40 neue Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterial errichtet worden. Was die Munitionserzeugung anlangt, so können alle Gattungen bis zu den schwersten großkalibrigen Geschossen im Lande selbst herstellen. Während wir 1924, so fuhr der Minister fort, nur 14 900 Gewehre hergestellt haben, können wir heute 150 000 im Jahr erzeugen. Auch was die Heeresflugindustrie anlangt, ist das vergangene Jahr ein Wendepunkt.

Die Kontrolle Deutschlands im englischen Unterhaus

London, 18. Juni. Im Unterhaus fragte Sir Frederick Hall nach dem Umfang der Kontrolle, die jetzt von den Alliierten ausgeübt werde, um die Durchführung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages durch Deutschland zu erreichen und ob angesichts der Tatsache, daß vom Augenblick der Zurückziehung der alliierten Kontrollkommission an die deutschen Behörden nur etwa ein Jahr brauchen würden, um ihre Höchstproduktion von Geschützen und Munition im Jahre 1918 zu erreichen, die Alliierten vorläufig die Besetzung der deutschen Gebiete am Rhein aufrechterhalten werden. Unterstaatssekretär Samuel erwiderte, die internationalisierte Militärkontrollkommission werde in Deutschland bleiben, um die Durchführung der in der alliierten Note vom 2. Juni enthaltenen Forderungen zu überwachen. Was den zweiten Teil der Frage betreffe, so sei die Politik der britischen Regierung die, daß die Artikel des Vertrags bezügl. der Besetzung des deutschen Gebiets strikt beobachtet werden müßten. Der konservative Parteichef fragte hierauf, ob man denn nicht leide, daß Deutschland entwaffnet sei und zwar seit sehr beträchtlicher Zeit. Jede Besetzung des deutschen Gebiets könne nur zu Erregung führen (Beifall bei der Arbeiterpartei).

Kennie Smith fragte, ob die Abrüstung Deutschlands jetzt genügend sei, um mit der allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu beginnen. — Unterstaatssekretär Samuel erwiderte, wie das aus den veröffentlichten Dokumenten ersähen könne, habe Deutschland noch nicht alle militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags ausgeführt. Es ist wenn dies geschehen sei, werde es möglich sein, die Frage der allgemeinen Abrüstung zu behandeln.

Die Reise in Frankreich

Paris, 18. Juni. Der geschäftsführende Ausschuß der Radikalen Partei ist zusammgetreten, um sich mit der Marokkopolitik der Regierung, mit der Finanzlage und der Wahlreform zu beschäftigen. Es wurde ein Vorschlag angenommen, in dem die Fraktion daran erinnert wird, daß der Parteitag in Boulogne sich einstimmig für die Amdonismenentswahlen ausgesprochen habe. Ueber die Marokkopfrage berichtete der Abgeordnete Franclin Boullion. Er erklärte, wenn die Regierung gegenüber Abd el Krim Zeichen von Schwäche an den Tag lege, werde Frankreich aus Marokko verjagt werden und vielleicht morgen aus Nordafrika. Die Pflicht aller Franzosen sei es deshalb, die Regierung zu unterstützen. Das sei das beste Mittel den Frieden aufrecht zu erhalten. Das Finanzproblem und die Marokkopfrage sollen in einer demnächst stattfindenden neuen Sitzung nochmals eingehend besprochen werden.

Paris, 18. Juni. Die Sozialisten sind trotz zweier Versammlungen noch zu keinem Entschluß über ihre Haltung gegenüber dem Kabinett Painleve gekommen. Obwohl im allgemeinen der Bruch mit dem Kartell vorzuzuziehen ist, sind doch noch Bestrebungen im Gange, dies zu verhindern oder wenigstens hinauszuziehen.

Die chinesischen Auführer fordern den Krieg gegen England. Schanghai, 18. Juni. (Reuters.) Der Peking-Berichterstatter bez. halbamtlichen japanischen Nachrichtenagentur meldet, daß die Vertreter der führenden chinesischen Organisationen heute dem Kriegsminister folgende Forderungen unterbreitet haben:

1. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien.

2. Entsendung chinesischer Truppen nach allen Handelsplätzen zum Schutze der chinesischen Einwohner.

3. Kriegserklärung an Großbritannien.

Der Minister erwiderte, die beste Politik würde sein, wenn man sich auf friedliche patriotische Betätigung beschränke und abwarte, bis die Ausländer zur Besinnung kämen; aber wenn es zum Schlimmsten komme, so würde die Regierung nicht gegen die Erwartungen des chinesischen Volkes handeln.

Schanghai, 18. Juni. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Verhandlungen einen befriedigenden Verlauf nehmen, weicher in der Beilegung bedeutungsloser und unmöglicher Forderungen zum Ausdruck kommt. Es scheint möglich, daß eine befriedigende Lösung erreicht werde, die der Zustimmung der chinesischen Regierung und der auswärtigen Mächte bedürfen würde.

Paris, 18. Juni. Eine im „Matin“ veröffentlichte Mitteilung aus Peking besagt, daß Tschangsolin an der Spitze einer Armee von 13 000 Mann nach Peking marschiert um die Stadt zu besetzen.

London, 18. Juni. Nach Blättermedien aus Peking haben die Regimenter Fengsaus Bersärgung durch Studenten erhalten, die sich wegen der englandsfeindlichen Gesinnung des Generals als Freiwillige unter seine Truppe einen ihnen ließen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Juni.

Zum Abschluß der Konferenzdebatte sprachen noch im Reichstag:

Dr. Schäding (D.) lehnt das Konkordat ab. Ueber dem Konkordat habe von Anfang an kein guter Stern geschwebt. Der Redner verweist auf die Bedeutung des Papsttums, besonders in der Kriegszeit, und auf die Förderung, die die katholische Kirche durch die Weimarer Verfassung erfahren habe, und stellte fest, daß die ablehnende Haltung der Demokraten zum Konkordat keineswegs etwa als kirchenfeindlich zu deuten sei.

Dr. Bredt (Wirtsch. Ver.) billigt das Konkordat. Wenn die bayerischen Staatsbürger in ihrer Mehrheit die konfessionelle Schule wollen, dann sollte das gerade vom demokratischen Standpunkt aus anerkannt werden. (Abg. Schäding ruft: Die Verfassung steht höher als der Wille der bayerischen Demagogen.)

Dr. Pfeifer (Bayer. Volksp.) verteidigt das Konkordat. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit sei für die konfessionelle Schule. In Bayern gebe es keine Intoleranz. Auch das bayerische Königstum habe es stets als vornehmste Aufgabe angesehen, die Minderheiten zu schützen.

Dr. Frick (D.-Völk.) ist der Ansicht, daß das Konkordat vom Reichstag hätte vorgelegt werden müssen. Der Redner erkundigt sich nach dem Stand des Reichskonkordats. Die Völkischen würden ein solches ablehnen. Das Konkordat bedeute eine Preisgabe wichtiger staatlicher Hoheitsrechte und eine Gefährdung des konfessionellen Friedens. — Damit schließt die Aussprache. Die Interpellation ist erledigt.

Günther (Soz.) stellt fest, daß nicht der Kronprinz abfällige Äußerungen gegen den Katholizismus getan habe, sondern ein Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen.

Dr. Dreyer (Dn.) verweist diese ganzen Behauptungen in das Reich der Fabeln. Dasselbe gelte von dem angeblich abfälligen Bemerkungen gegen die katholische Kirche in Briefen des letzten Kaisers. Die Echtheit dieser Briefe sei nicht nachgewiesen.

Am Donnerstag fuhr der Reichstag in der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern fort. Mit dieser Beratung wird verbunden ein Antrag Müller-Franke, der sich mit dem bayerischen Ausnahmezustand beschäftigt.

Abg. Vogel (Soz.) wendet sich scharf gegen den bayerischen Ausnahmezustand, der in überaus parteiischer Weise gehandhabt werde.

Abg. Dr. von Dreyer (Dntl.) betont zum Staatskapitel „Polizei“, daß das Reich fast keine eigene Exekutive habe. Man müsse fordern, daß die Reichsgewalt Einfluß auf die Handhabung der Polizeigewalt in den Ländern habe, schon um die erforderliche einheitliche Gestalt in diesen bewegten Zeiten herzustellen. Daher stehe der Etat einen Reichszuschuß von 190 Millionen für die Polizeiausgaben der Länder vor. Das Reich müsse nun dafür sorgen, daß die Polizei zu einem unparteiischen, fest in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung liegenden Instrument werde. Zur Durchführung dieser Aufgabe gehöre es, daß das Bundeswesen in der Polizei besetzt werde. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Eichhorn (Komm.) wendet sich gegen die im Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung herrschende Spitzelwirtschaft.

Abg. Brandt (Dn.) erklärt unter lebhaften Zwischenrufen, daß die Ausführungen des kommunistischen Sprechers der Fronte für ihre Entwaffnungsforderungen neue Anhaltspunkte gegeben hätten. Eine Befestigung der technischen Nothilfe könne nicht in Frage kommen, weil die Nothilfe keine Streikbrechergarde sei, wie sie oft bezeichnet werde.

Staatssekretär Zweiger dankt dem Redner für seine warmen Worte für die technische Nothilfe und bittet die im Haushaltsauschuss vorgenommene Streichung eines Teiles der Mittel für die technische Nothilfe nicht zu genehmigen. Zu dem sozialdemokratischen Antrag wegen des bayerischen Ausnahmezustandes erklärt der Redner, daß die Regierung noch nicht in der Lage gewesen sei, sich deswegen mit der bayerischen Regierung in Verbindung zu setzen. Die Regierung behalte sich daher ihre Stellungnahme zu dem Antrag noch vor.

Der deutsche Vorschlag über die Sicherheitsfrage

Berlin, 18. Juni. Das deutsche Memorandum vom 2. Februar, auf das nunmehr die französische Regierung durch die vorgestern überreichte Note antwortet, hat folgenden Wortlaut:

Bei Erwägung der verschiedenen Möglichkeiten, die sich voraussichtlich zur Regelung der Sicherheitsfrage bieten, könnte man sehr ähnlichen Gedanken annehmen, wie er im Dezember 1923 den von den westlichen deutschen Reichsständen ausgearbeiteten Vorschlag zur Grunde lag. Deutschland könnte sich zum Beispiel mit einem Votum einverstanden erklären, wodurch die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland selbst für eine näher zu vereinbarenden längere Periode in freien Händen der Ratifizierung der Vereinbarung zustehen, seinen Krieg gegenwärtig zu führen. Mit einem solchen Votum könnte ein weitgehender Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich verbunden werden, wie er in den letzten Jahren zwischen verschiedenen europäischen Mächten abgeschlossen wurde. Zum Waislich den Ratifizierung des Schiedsvertrages, die die feindlichen Antisozialen rechtlicher und politischer Konflikte überhellen, ist Deutschland auch gegenüber allen anderen Staaten bereit, für Deutschland einen besonderen aus dem Fall auszuheben, der ausdrücklich den gegenwärtigen Beständen am Rhein garantiert. Ein solcher Votum würde eine deutliche, daß die am Rhein interessierten Staaten sich ausdrücklich verpflichtet, die Unterzeichnung des gegenwärtigen Schiedsvertrages am Rhein unverzüglich zu übernehmen, daß sie ferner — und zwar sowohl gemeinsam als auch jeder Staat für sich — die Erfüllung dieser Verpflichtung anerkennen, daß sie endlich jede Handlung, die einer Erfüllung unwillig ist, als unwirksam erklären könnten, an dem Tage, an dem die Unterzeichnung der Verpflichtung zum Abschluss gekommen ist. Mit einem solchen Votum könnte aber auch Schiedsverträge über die besetzten Gebiete zwischen Deutschland und allen benachteiligten Staaten verbunden werden, die überhört zu solchen Verträgen bereit sind. Dem vorliegenden Entwurf des Schiedsvertrages werden sich noch andere Vorschläge angeschlossen angeschlossen. Auch könnten die beiden Votums kombiniert werden. Im Übrigen wird zu erwähnen sein, daß es nicht ratsam ist, den Sicherheitsaspekt in zu erschließen, daß er eine alle Staaten umfassende Weltkonvention nach Art des vom Völkerbund angenommenen Protokolle vom 12. September 1924 des Völkerbundes international vorbereitet und daß er im Falle der Internationalen Liga der Völkerbund von ihr abgeleitet oder in ihr hineingearbeitet wird.

Die französische Antwortnote

Berlin, 18. Juni. Die französische Note lautet u. a. Die französische Regierung und ihre Alliierten haben in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck von irrtümlichen Überhebungen gesehen, die mit ihnen eigenen Absichten übereinstimmen. In dem Wunsch, allen beteiligten Staaten im Rahmen des Versailler Vertrages erlaubte Sicherheitsbestimmungen zu geben, prüfen sie die deutschen Vorschläge mit all der ihnen gebührenden Aufmerksamkeit, um sich ein Urteil darüber zu bilden, inwiefern sie zur Beilegung des Streitens beitragen können. Indessen stelle sie sich ausdrücklich bezug, daß im Interesse einer sachlichen Prüfung der deutschen Note die Fragen in ein volles Licht zu setzen, die diese Note aufwirft oder antworten kann. Es ist wichtig, die Ansicht der deutschen Regierung über diese Fragen kennen zu lernen, da ein weiteres Eingehen darüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheint.

1. Das Memorandum erwähnt den Völkerbund und nur beiläufig. Nun sind aber alle alliierten Staaten Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundkonvention verbunden, die für sie genau bestimmte Rechte und Pflichten zum Zweck der Erhaltung des Weltfriedens enthält. Die deutschen Vorschläge sind ausschließlich auf das alte Ideal gerichtet, aber das Abkommen liege sich nicht verwirklichen, ohne daß Deutschland seinerseits die Verpflichtungen übernehmen und die Rechte genießen, die in der Völkerbundkonvention vorzusehen sind. Dieses Abkommen ist also nur denkbar, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund unter dem in dem Statut des Völkerbundes vom 28. März 1922 ausgesprochenen Bedingungen beitrete.

2. Das Streben, die Sicherheitsbestimmungen zu schaffen, welche die Welt verlangen, darf keine Forderung der Gleichberechtigung mit sich bringen. Die in schließlichen Abkommen bieten also weder eine Revision dieser Verträge in sich selbst, noch fähig zu einer Abänderung der besonderen Bedingungen für die Anwendung gewisser Verordnungen führen. So könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen dieser Verträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen für sich unmittelbar anwenden.

3. Das Memorandum vom 2. Februar sieht zunächst den Nichtschluß eines Paktes zwischen dem Rheininteressierten Mächten als Voraussetzung für die Unterzeichnung eines solchen Paktes an. Die französische Regierung verkennt nicht, welchen Wert die feindliche Ablehnung jedes Gedanken an Krieg zwischen den vertragschließenden Staaten und die Verpflichtung, die Abhängigkeit nicht zu erlassen, ist ein klares Zeichen, neben der erneuerten Bekräftigung der im Vertrag aufgenommenen Grundzüge für die Sache des Friedens haben würde. Zu dem vertragschließenden Staaten nach anderen Prinzipien zu sehen, das im deutschen Memorandum nicht ausdrücklich erwähnt wird, daß aber als unmittelbares interessiertes Staat am Pakt teilnehmen müßte. Wenn verhält sich von selbst und daß geht auch ohne dem Schweigen des deutschen Memorandum über diesen Punkt hinweg, daß der auf diesen Grundplan zu stehende Pakt weder die Bestimmungen des Vertrags über die Befestigung der rheinischen Gebiete, noch die Verpflichtung der Vertragschließenden im Rheinland abzukommen für sich selbst Bedingungen herabsetzen darf.

4. Die deutsche Regierung erklärt sich ferner bereit, mit Frankreich und mit den übrigen am Rheininteressierten Staaten zu ähnlichen Pakten abzuschließen, die die feindliche Antisozialen rechtlicher und politischer Konflikte überhellen. Frankreich ist der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorgeschlagen, eine natürliche Ergänzung des Rheinabkommens bilden würde. Dabei müßte aber als selbstverständlich gelten, daß ein solcher Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland nur dann einen Zweck zu erfüllen vermag, wenn ein solcher Vertrag gemäß der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Befestigung der rheinischen Gebiete oder auf Grund einer Garantie erfolgen würde, die von den Parteien oder einer von ihnen für den Schiedsvertrag gestellt wird. Ein Schiedsvertrag gleicher Art zwischen Belgien und Deutschland wäre nicht minder erforderlich. Um diesen beiden Verträgen volle Wirksamkeit zu geben, müßte ihre Durchführung sichergestellt werden durch eine gemeinsame und eine gesonderte Garantie beteiligten Mächte, die andererseits an der im Rheinabkommene aufgenommenen Schutzgarantie teilnehmen und zwar derart, daß diese Garantie unmittelbar zur Wirkung kommt. Wenn eine der Parteien, die es ablehnt, eine Unterzeichnung des Schiedsvertrages zu unterzeichnen oder einen Schiedsvertrag abzuschließen, so könnten die Bedingungen, falls einer der Vertragschließenden, ohne zu feindlichen Handlungen zu greifen, seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so soll der Völkerbund als Maßnahmen vorschlagen, die anzuwenden sind, um den Vertragsparteien die Unterzeichnung zu erleichtern.

5. Die deutsche Regierung läßt in dem Memorandum hinzu, sie sei bereit, mit allen Staaten, die hierzu bereit seien, bestimmte Schiedsverträge abzuschließen. Die alliierten Regierungen nehmen mit Genugthuung von dieser Zustimmung Kenntnis. Die Endform der Ansicht, daß ohne solche Abkommen zwischen Deutschland und benachteiligten Staaten, die zwar nicht Parteien des geplanten Rheinabkommens sind, aber den Vertrag von Versailles unterstützen können, der europäische Friede, dessen Befestigung der Rheinabkommene anstrebt und für den es eine wesentliche Grundlage bilden soll, nicht möglich gewährleistet werden könnte. Die alliierten Staaten haben nämlich aus der Völkerbundkonvention Rechte auf die sie nicht verzichten, und Verpflichtungen, wovon sie sich nicht freimachen können. Diese lo absehechten Schiedsverträge würden die gleiche Ergänzung haben, die im Schiedsvertrag vorzusehen. Jede Macht, die den Vertrag von Versailles und den geplanten Rheinabkommene unterstützen würde, wenn sie es wünscht, die Voraussetzungen, die zu ihren Voraussetzungen zu machen.

6. Nichts von dem in dieser Note im Falle des Abbruchs des Paktes, die Rechte und Verpflichtungen betreffen, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus der Völkerbundkonvention erwachsen.

7. Die für die Erhaltung des Friedens unerlässliche allgemeine Harmonie und Stabilität wäre nur dann herstellbar, wenn alle in

Nützliche Bekanntmachungen.

Kraftfahrzeugverkehr.

Am kommenden Donnerstag, den 25. ds. Mts. wird der Sachverständige für Kraftfahrzeuge beim Württ. Revisionsverein in Stuttgart auf der Straße beim Hauptbahnhof Nagold Prüfungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugführern abnehmen.

Um eine glatte Abwicklung der Prüfung zu ermöglichen, werden diejenigen Bewerber, die ihre Papiere beim Oberamt bereits eingereicht haben, vom Revisionsverein schriftlich auf den Zeitpunkt der Prüfung geladen. Bewerber, von denen die Papiere noch fehlen, werden aufgefordert, diese umgehend hieher vorzulegen.

Für diese Bewerber findet die Prüfung voraussichtlich erst von Nachmittags 2 Uhr an statt.

Nagold, den 18. Juni 1925.

Oberamt: J. A. Dr. Rektl, stv. Amtmann.

Altensteig-Stadt.



Freiwillige Feuerwehr.

Nächsten Sonntag, den 21. Juni, rückt die Feuerwehr zur

Frühjahrs-Hauptübung

aus. Gleichzeitig findet die Verteilung der Feuerwehr-Ehrenzeichen statt. Antreten präzise 7 Uhr vormittags.

Den 17. 6. 25.

Das Kommando.



Der
Radfahrer-Verein
Pfalzgrafentweiler
veranstaltet am nächsten Sonntag, den 21. Juni ds. Mts. ein

Großes

Sommerfest

verbunden mit Rennen

1/6 Uhr morgens. (Ehrengaben).

Preischorso

Langsamfahren von morgens 10 Uhr ab.

Preischießen (wertvolle Preise).

Abends Festbankett im Sternensaal wozu jedermann von nah und fern eingeladen wird.

Der Ausschuss.

Vermietung!

Empfehle

für Vergnügungsfahrten
und Geschäftstouren
für kurze u. weite Entfernungen meinen modernen
6sitzigen Personen-Wagen
bei billigster Preisstellung.

Emil Moros z. „Nappen“, Calw
Fernsprecher 64.

Turnverein Altensteig.



Wanderung.

Abfahrt 1/5 Uhr vorm. ab Turnhalle. Infolge der sehr stark. Beteil. fahren 3 Autos und stehen noch einige Plätze zur Verfügung. Anmeldungen werden noch bis Samstag Abend angenommen

Altensteig.

Eine beliebte Tabakmarke

„Calumet-Shag“

in 50 und 100 gr Packungen

von
Gebr. Mentoff & Co. Hanau
ist frisch zu haben bei

Fritz Bühler jr.

Zuverlässiges, ehrliches

Mädchen

welches kochen kann, für
gutes Haus auf 1. Juli gesucht

Franz Köhler, Pforzheim,
Bichlerstr. 10.

Sommerjoppen

in falk, grün und grau

Lüsterjoppen

Knaben-Waschanzüge

Blusen

Gürtelhosen

Sporthemden

bei

Reinhold Hayer
Altensteig.

Altensteig.

Staliener Bier

empfiehlt

Lorenz Luz jr.

Taschenbibeln

empfiehlt

W. Rieker'sche Buchhandl.

Altensteig.

5-6 fleißige

Tagelöhner

finden sofort Beschäftigung bei

G. Schöble, Bangeschäft.

Inserate

für die morgige Samstagnummer
bitten wir mögl. frühzeitig, größere
schon heute, aufzugeben.

Sommerrmäntel

Damen- u. Mädchenwindjacketen

Knabenwaschanzüge, -Blusen u. -Hosen

Woll- u. Baumwollmusline, Dirndlstoffe

Frotté, Boile weiß, einfarbig u. bedruckt

Wollene Kleider- u. Blusenstoffe

mit

10% Rabatt

auf meine billigst gestellten Preise.

Gustav Wucherer,

Altensteig.

Sie reisen nach Stuttgart?

Dann versäumen Sie nicht, die große

Heimat- und Kulturausstellung

„Das schwäb. Land“

im Stadtgarten und auf dem Gewerbehallegelände im Kunstgebäude und auf dem Schlossgarten-
gelände zu besuchen.

Bez. Verein Nagold vom Blauen Kreuz.

Sonntag, 21. Juni, nachm. 2 Uhr findet

Konferenz in Altensteig

im Saal des Vereinshauses statt, bei welcher sprechen wird:

Sehr. Heilmann aus Pforzheim
und andere.

Diesu ist Jedermann, alle Frauen und Mädchen, alle Männer und Jünglinge, herzlich eingeladen.

Der Bezirksvorstand.

Liederkränz Hallwangen.

Glaube u. Heimat

Die Tragödie eines Volkes

von Karl Schönherr in 3 Akten

Sonntag 21. Juni, Schwannensaal Rülberbronn.

Beginn nachm. 8 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.
Saalöffnung 2 1/2 Uhr.

Am Sonntag, den 21. Juni findet in
der Rehmühle

Heutag

mit musikalischer Unterhaltung

statt, wozu Jedermann freundlichst eingeladen ist.
Rehmühle.

Schulbücher Schreib- und Zeichenmaterialien

die in sämtlichen Schulen eingeführt sind
halten wir auf Lager und empfehlen

W. Rieker'sche Buchhandlung
Papier- und Schreibwarenhandlung

Bettbarchent
fertige Betten
Federn und Flaum
in füllkräftigen Qualitäten

Nagold.
Christian Schwarz
Bahnhofstrasse.

Feine Damaste
gestreift und Blumenmuster
Bettzeuge
fertige Haipfel und Kissen
Leintücher, Oberleintücher